

Die Glocke, 6. September 2018

Initiative „Sozialer Arbeitsmarkt“



Langzeitarbeitslose sollen staatlich finanzierte sozialversicherungspflichtige Jobs für mindestens fünf Jahre bekommen. In Rheda-Wiedenbrück warben dafür in einer sozialdemokratischen Gesprächsrunde (v. l.) Kerstin Griese, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales, die Gütersloher Bundestagsabgeordnete Elvan Korkmaz, Klaus Brandner, früherer Staatssekretär Arbeit und Soziales, Rainer Radloff, Geschäftsführer des Bielefelder Jobcenters, und Moderatorin Anke Unger, Mitglied der Kreistagsfraktion.

Bild: Daub-Dieckhoff

SPD macht „Langzeitlern“ Hoffnung

Von unserem Mitarbeiter
GERD DAUB-DIECKHOFF

Kreis Gütersloh (gl). Neue Hoffnung für Langzeitarbeitslose verbreitet die SPD mit ihrer neuen Projekt-Initiative „Sozialer Arbeitsmarkt“. Die Maßnahme soll „Betroffenen die Möglichkeit geben, am Arbeitsleben teilzunehmen“, betonte am Dienstag die parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese, vor geladenen Gästen im Haus der Ausbildung in Rheda-Wiedenbrück.

Im Gesetzesentwurf, der noch vom Bundestag gebilligt werden müsse, sei „die Aufnahme einer normalen Beschäftigung das erklärte Ziel“, sagte die gebürtige

Münsteranerin. Im Kreis Gütersloh sieht Rainer Radloff, Geschäftsführer des Jobcenters Bielefeld, bei 95 Förderfällen Handlungsbedarf. Er rechnet bei der Umsetzung des konzipierten Maßnahmenbündels im Jobcenterbereich Gütersloh, dass „hier 10,2 Millionen Euro ankommen“. 120 Stellen könnten eingerichtet werden. Für jeden geförderten Arbeitsplatz seien mit jährlich 24 000 Euro Kosten zu rechnen. Welcher „Langzeitler“ ausgesucht werde, sei Jobcenteraufgabe.

„Flüchtlinge können wir in dieses Programm noch nicht reinbringen“, betonte Griese bei der von Anke Unger, Vorsitzende des Arbeits- und Sozialausschusses im Kreistag, geleiteten Diskussi-

onsrunde. Gesprächspartner außer der Bundestagsabgeordneten Kerstin Griese waren ihr Vorgänger, der frühere Staatssekretär und heutige Aufsichtsratschef des Vereins Pro Arbeit, Klaus Brandner, und die Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Kreistags, Elvan Korkmaz.

Die Vertreterin des Bundesarbeitsministeriums legte offen: „Diese Menschen wollen wir nicht aufgeben. Aber die Lage in Rheda-Wiedenbrück ist anders als die in Dortmund.“ Dass der in Frage kommende Personenkreis von Langzeitarbeitslosen fünf Jahre lang aus öffentlichen Mitteln finanzierte Lohnkostenzuschüsse erhalte, sei ebenso gewünscht wie eine in der neuen Form einer geförderten Beschäfti-

gung vorgesehene Sozialversicherungspflicht der Teilnehmer. Das neue Förderungsinstrument „Sozialer Arbeitsmarkt“, dem Wohlfahrtsverbände, private und öffentliche Arbeitgeber verpflichtet würden, beziehe die ganze Familie ein.

Der Lohnkostenzuschuss werde sich in den ersten beiden Jahren auf Höhe des Mindestlohns von derzeit 8,84 Euro pro Stunde bewegen. Danach werde er jedes Jahr um zehn Prozentpunkte gesenkt. Die Bundesregierung stelle für das SPD-Projekt für die nächsten Jahre vier Milliarden Euro zur Verfügung, versicherte Griese überzeugt. Brandner wünschte sich indessen von dem Gast aus Berlin „weiter gesicherte finanzielle Zusagen“.